

702 29.01-2015

750.08-05

10.02.2015

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.3)

Frau Senatorin Prüfer-Storcks trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2015/319, betreffend

Verordnung über das Verfahren zur Abrechnung der fallbezogenen  
Krebsregisterpauschalen und der Meldevergütungen durch das  
Hamburgische Krebsregister (HmbKrebsRAbrVO),

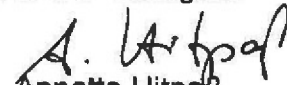
vor und gibt Änderungen im Verordnungstext zur Niederschrift.

Der Senat nimmt von den Ausführungen in der vorgelegten Drucksache Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat stimmt den in der Drucksache vorgeschlagenen Regelungen zu.
2. Der Senat beschließt die als Anlage zur Drucksache vorgelegte „Verordnung über das Verfahren zur Abrechnung der fallbezogenen Krebsregisterpauschalen und der Meldevergütungen durch das Hamburgische Krebsregister (Hamburgische Krebsregisterabrechnungsverordnung – HmbKrebsRAbrVO).

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

  
Annette Hitpaß



Berichterstattung:  
Senatorin Prüfer-Storcks  
Staatsrätin Badde

TOP I 3  
VO

Geschäftsstelle des Senats  
Eing: 04. FEB. 2015

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2015/00319  
vom: 03.02.2015

**Verordnung über das Verfahren zur Abrechnung der fallbezogenen Krebsregisterpauschalen und der Meldevergütungen durch das Hamburgische Krebsregister (HmbKrebsRAbrVO)**

**A. Zielsetzung**

1. Regelung des Abrechnungsverfahrens zur Umsetzung der finanziellen Förderung des Hamburgischen Krebsregisters durch die Krankenkassen, die privaten Krankenversicherungsunternehmen und die Träger der Beihilfe.
2. Regelung des Abrechnungsverfahrens zur Auszahlung von Meldevergütungen an die meldenden Leistungserbringer durch das Hamburgische Krebsregister und zu deren Erstattung durch die Krankenkassen, die privaten Krankenversicherungsunternehmen und die Träger der Beihilfe.
3. Schaffung einer Rechtsgrundlage für die notwendige Übermittlung personenbezogener Daten zwischen dem Hamburgischen Krebsregister und den Krankenkassen sowie den privaten Krankenversicherungsunternehmen.

**B. Lösung**

Erlass der beigefügten Rechtsverordnung über das Verfahren zur Abrechnung der fallbezogenen Krebsregisterpauschalen und der Meldevergütungen.

**C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Mit dieser Drucksache keine.

Die Haushaltsauswirkungen im Zusammenhang mit der Einrichtung und dem Betrieb der flächendeckenden klinischen Krebsregistrierung wurden mit der Bürgerschaftsdrucksache 20/10575 dargestellt und beschlossen. Der Umfang und das Verfahren der beabsichtigten finanziellen Beteiligung der Beihilfeträger waren jedoch noch zu klären. Eine entsprechende Finanzierungsregelung ist in die erste Ergänzung zum Haushaltsplanentwurf 2015/16 (s. Drs. 20/13205) aufgenommen worden, die zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf 2015/2016 im Dezember von der Bürgerschaft beschlossen wurde.

Die Kosten für Aufwandsentschädigungen für die nach § 65c SGB V nicht erstattungsfähigen Erstmeldungen zu nicht-melanotischen Hautkrebsarten sowie für die notwendigen EDV-technischen Anpassungen werden im Rahmen der im Einzelplan 5 für den Betrieb des klinischen Krebsregisters veranschlagten Ressourcen abgedeckt.

**D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Keine.

**E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine

**F. Auswirkungen auf**

<input type="checkbox"/>	Familienpolitik
<input type="checkbox"/>	Klimaschutz
<input type="checkbox"/>	Bürokratieabbau
<input type="checkbox"/>	Inklusion
<input type="checkbox"/>	Gleichstellung

**G. Alternativen**

Keine

**H. Anlagen**

Entwurf der Rechtsverordnung